

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **47 (1967-1968)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

AMERIKAS ENGAGEMENT IN ASIEN

Die Vereinigten Staaten erleben gegenwärtig eine harte Belastungsprobe ihrer Asienpolitik. In *Vietnam* haben sich — vorläufig mindestens — die Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes zerschlagen, und die Kämpfe haben eine Intensität erreicht wie schon lange nicht mehr. Überraschenderweise hat sich im Januar in *Korea*, wo dem Waffenstillstand von 1953 bisher kein Friedensschluß gefolgt ist, eine Art «zweiter Front» in Asien gebildet. Die Auseinandersetzung bewegt sich hier zwar nur im Stadium eines gesteigerten *Nervenkrieges*; sie erfordert jedoch von den Amerikanern volle Aufmerksamkeit, da die Möglichkeit eines kommunistischen Ablenkungsmanövers zur Entlastung Vietnams nicht auszuschließen ist. Der zunehmende Druck, dem sich die Amerikaner in Asien ausgesetzt sehen, hat seine Wirkungen auch auf die amerikanische Innenpolitik, die im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes immer stärker von der Kontroverse zwischen den Anhängern und Gegnern von Johnsons Asienpolitik dominiert wird. Die Vereinigten Staaten gehen, wenn nicht alles trügt, einem heißen Sommer entgegen.

Die Überraschungsoffensive des Vietcong

Die amerikanische Strategie, wie sie von General *Westmoreland* in Vietnam praktiziert wird, hat im wesentlichen *defensiven Charakter*. Man hat sie mit dem Begriff «search and strike» umschrieben: der Gegner wird aufgespürt und dann geschlagen in der Hoffnung, auf diese Weise den Vietcong und seine nordvietnamesischen Helfer allmählich zu erschöpfen und zu Verhandlungen geneigt zu machen. Es ist einleuchtend, daß diese Ermattungsstrategie auf lange Frist konzipiert sein muß, um Erfolg zu haben. Nach amerikanischer Darstellung zeichneten sich in den letzten Monaten gewisse Fortschritte ab:

der Vietcong wagte sich nur noch sporadisch an amerikanische Stützpunkte heran und wurde dann meist in blutigen Kämpfen mit schweren Verlusten in seine Schlupfwinkel zurückgetrieben. Die großen Städte befanden sich fest in amerikanischer Hand, und auch die Landschaft entglitt mehr und mehr der Kontrolle des Vietcong. Die «Befriedung» schien auf dem besten Wege zu sein und damit die wichtigste Voraussetzung für eine Beilegung des Konfliktes geschaffen.

Nun ist dies alles mit einem Schlage wieder in Frage gestellt. Der Vietcong hat das buddhistische Neujahrsfest zu einem *Überraschungscoup* ausgenützt. Während das amerikanische Oberkommando wie gebannt nach dem Stützpunkt *Khe Sanh* im Nordwesten des Landes starrte, wo eine Entscheidungsschlacht erwartet wurde, entfesselte der Vietcong in 26 von 44 Provinzhauptstädten — darunter in Saigon und Hué — eine Terroroffensive ungewohnter Ausmaße. In Saigon drang ein Stoßtrupp in das Gelände der amerikanischen Botschaft ein und vermochte sich dort während mehrerer Stunden zu behaupten. In der alten Kaiserstadt Hué dauerten die Kämpfe wochenlang. Mitte Februar flammte die Aktivität des Vietcong erneut auf; auch die Randbezirke Saigons wurden immer wieder in Mitleidenschaft gezogen, und amerikanische Bomber griffen die dichtbevölkerten Gebiete an, um den Vietcong zu treffen.

Es ist noch zu früh, die wütende Offensive des Vietcong, der von nordvietnamesischer Seite starke Unterstützung erhielt, in ihrer vollen Tragweite abzuschätzen. Möglicherweise trifft langfristig die amerikanische Darstellung zu, es habe sich um ein letztes Verzweiflungsmanöver gehandelt. In seiner unmittelbaren Wirkung hat der Vorstoß der Kommunisten jedoch alle amerikanischen Prognosen über den Hau-

fen geworfen. Von einer «Befriedung» des Landes ist man weiter entfernt als je zuvor; die terrorisierte Bevölkerung erzittert in der Furcht vor neuen Schlägen des Vietcong und seiner Anhänger. General Westmoreland hat erreicht, daß seine Forderungen nach einer Verstärkung der Kampfkraft seiner Truppen von Präsident Johnson erfüllt worden ist. 10 500 Mann Heeres- und Marineinfanterie werden vorzeitig nach Vietnam entsandt, um die Amerikaner und ihre südvietnamesischen Verbündeten zu unterstützen. Westmorelands Wunsch nach einer Erhöhung des Plafonds von 525 000 Mann, der letztes Jahr beschlossen worden ist, wurde von Johnson zwar nicht berücksichtigt — es handelt sich vorläufig nicht um eine effektive Verstärkung des Expeditionskorps, sondern nur um eine Vorverlegung von Terminen. Noch ist keine neue Stufe der Eskalation erreicht worden, aber niemand wagt zu prophezeien, daß es sich diesmal wirklich um die letzte Kraftanstrengung handelt, die von den Vereinigten Staaten im Vietnamkonflikt abverlangt wird.

Neue Vermittlungsbemühungen

Trotz dem Aufflammen der Kämpfe sind die Vermittlungsbemühungen weitergegangen, freilich ohne daß bisher greifbare Ergebnisse erzielt worden wären. Der britische Premierminister *Wilson*, der anfangs Februar Präsident Johnson einen Besuch abstattete, erklärte zwar nach seiner Rückkehr aus Washington, der Graben, der die Gegner in Vietnam trenne, sei nur noch sehr schmal. Konkrete Anhaltspunkte, auf die sich seine optimistische Interpretation der Lage stütze, vermochte er allerdings nicht anzugeben.

Vietnam war ferner das Hauptthema einer Blitzreise von UNO-Generalsekretär *U Thant* durch verschiedene Hauptstädte. Der Generalsekretär sondierte in Neu-Delhi, Moskau und London; er begab sich schließlich noch überraschend nach Paris, wo er eine längere Unterredung mit dem dortigen nordvietnamesischen Generaldelegierten *Mai Van Bo* hatte. Schließlich hat Hanoi

zu Beginn des Monats Februar Kontakte mit dem italienischen Außenministerium aufgenommen, wobei, wie *Fanfani* verlauten ließ, über «mögliche Hypothesen eines Beginns von Verhandlungen» gesprochen wurde.

Beharren auf der «San-Antonio-Formel»

Einzelheiten über diese verschiedenen Sondierungen, die auf eine Annäherung zwischen den streitenden Parteien hindeutet hätten, sind bisher nicht bekannt geworden. Auf amerikanischer Seite hält man nach wie vor an dem Kurs fest, den Präsident Johnson in seiner Rede in San Antonio in Texas Ende September 1967 festgelegt hat. Ein Punkt dieser «San-Antonio-Formel» sieht *gegenseitige De-Eskalation* vor — im Sinne etwa eines Verzichts der Nordvietnamesen auf eine Steigerung der Infiltration Südvietnams, wofür dann die Amerikaner die weitere Bombardierung militärischer Ziele in Nordvietnam einstellen würden. In einer Erklärung vom 14. Februar hat nun *Staatssekretär Rusk* deutlich zu verstehen gegeben, daß die kommunistische Offensive in Südvietnam anläßlich des buddhistischen Neujahrsfestes, die nur dank massiver Unterstützung Nordvietnams möglich war, von Washington als eine Art Antwort auf das Angebot von San Antonio angesehen werde. Gleichzeitig hat Rusk jedoch betont, daß trotz dem enttäuschenden Echo die Offerte auf Grund der «San-Antonio-Formel» weiter aufrechterhalten werde. Man wird diese Erklärung *cum grano salis* nehmen müssen. In nächster Zukunft werden aller Voraussicht nach in Vietnam weiterhin die Waffen sprechen. Der Zeitpunkt unmittelbar nach der großen Offensive des Vietcong und der Nordvietnamesen, welche die Position der USA zumindest in psychologischer Hinsicht schwer erschüttert hat, dürfte kein günstiger für die Aufnahme von Gesprächen sein.

Der «Pueblo»-Zwischenfall

Wie bedrängt die Situation der Amerikaner durch die Kraftprobe in Vietnam im Augenblick ist, demonstrierte sich auch bei

der Verschärfung der Situation in *Korea*. Schon seit einiger Zeit war dort eine verstärkte Infiltration der kommunistischen Nordkoreaner festgestellt worden. Kommunistische Kommandotrups tauchten sogar mitten in der südkoreanischen Hauptstadt auf, in unmittelbarer Nähe der Residenz von Präsident *Park Tschung Hi*. Höhepunkt dieser Politik der Nadelstiche war die Kaperung des amerikanischen Nachrichtenschiffes «Pueblo» durch nordkoreanische Seestreitkräfte, wobei es bis heute umstritten ist, ob sich die «Pueblo» auf hoher See oder innerhalb der nordkoreanischen Territorialgewässer befand.

Washington reagierte auf den Zwischenfall in behutsamer Weise. Die Vereinigten Staaten, heute zweifellos die stärkste Seemacht der Welt, nahmen den Affront durch eine viertrangige Macht hin und setzten sich mit den Nordkoreanern in Panmunjom an einen Tisch, um über die Rückgabe der «Pueblo» und die Freilassung der 83köpfigen Besatzung zu verhandeln. Als die südkoreanischen Verbündeten Amerikas, die bekanntlich ein Truppenkontingent nach Vietnam entsandt haben, von Washington eine härtere Sprache gegenüber Nordkorea, zusätzliche Sicherheitsgarantien und die Beteiligung Südkoreas an den Gesprächen von Panmunjom verlangten, entsandte Präsident Johnson seinen Sonderbeauftragten, den früheren stellvertretenden Verteidigungsminister *Cyrus Vance* mit einer persönlichen Botschaft an Park Tschung Hi nach Söul. *Cyrus Vance*, ein erfahrener Vermittler, der schon während der Rassenunruhen in Detroit und in der Cypernkrise vom Dezember 1967 als Mediator aufgetreten war, erreichte auch in der südkoreanischen Hauptstadt ein Arrangement mit den durch die Timidität Washingtons aufgescheuchten Alliierten. Die USA setzen ihre Unterhandlungen mit den aus einer Position der Stärke heraus agierenden Nordkoreanern ohne südkoreanische Beteiligung fort. Den Sicherheitswünschen Söuls wurde durch Bekräftigung des Engagements in Korea und durch die

Lieferung einer Staffel «Phantom»-Jagdflugzeuge Genüge getan.

Lehren aus dem Vietnamkonflikt

Die Vermutung liegt nahe, daß der «Pueblo»-Zwischenfall und die kurz darauf losbrechende Offensive der Nordvietnamesen und des Vietcong *koordinierte Aktionen* der Kommunisten gewesen sind. Selbst wenn es sich jedoch um ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen gehandelt haben sollte, so haben sie doch einen in seiner Fernwirkung kaum abzuschätzenden Effekt erzielt — sie demonstrierten die relative *Wehrlosigkeit* des Atomgiganten Amerika gegenüber den Provokationen eines weit unterlegenen Kleinstaates. Das Zerstörungspotential der atomaren Rüstung hat heute ein solches Ausmaß erreicht, daß es auf beiden Seiten nur noch als *ultima ratio* betrachtet werden kann. Die Nuklearmächte sind dadurch in der Anwendung ihrer vollen militärischen Stärke paralytisch. Sie gleichen, um ein heute in Amerika viel verwendetes Bild zu gebrauchen, einem gestrandeten Wal, der hilflos am Ufer des Meeres liegt.

Unter der atomaren Schwelle gewinnt so die *konventionelle Rüstung*, die vor allem im Westen jahrelang vernachlässigt worden ist, erneut an Bedeutung. In Vietnam haben verhältnismäßig unterlegene Kräfte während mehr als drei Jahren gezeigt, daß sie in der Lage sind, einer Supermacht die Stirne zu bieten, die weltweite Verpflichtungen auf sich genommen hat, in der Präsenz ihrer konventionellen Streitkräfte dadurch notwendigerweise beschränkt und nicht gewillt ist, atomare Waffen einzusetzen. Je stärker der Atomkrieg aus dem Bereich des Wahrscheinlichen rückt, umso größer scheint die Gefahr begrenzter konventioneller Kriege zu werden. Das ist eine Lehre aus dem bisherigen Verlauf des Vietnamkonflikts, die auch für andere Spannungsgebiete der Erde plötzlich Aktualität gewinnen könnte.

Fabius

DIE AMERIKANISCHE HERAUSFORDERUNG: EIN ANSPORN ZUR ERNEUERUNG EUROPAS

Die Welt, die heute im Zuge einer gewaltigen technischen Entwicklung Gestalt annimmt, unterscheidet sich grundlegend von jener, die man kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges beobachten konnte. Die damals in unserem Teil Europas herrschenden Ideen wiesen den westlichen Demokratien im allgemeinen eine Mittelstellung zwischen Amerika und Rußland zu. Diese an und für sich übrigens diskutabile Einteilung war während Jahren vorherrschend, ist aber heute außer Gebrauch geraten. Fragen wir uns warum.

Das Reich der Computer

Die außerordentlichen Fortschritte und Entdeckungen der Elektronik, denen wir die Entstehung der Computer verdanken, verursachen vor unsern Augen Wandlungen und Entwicklungen, die uns zwingen, nicht mehr bloß in europäischen oder in Menschheitsdimensionen zu denken, wie Léon Blum das ausdrückte, sondern geradezu in globalen Maßstäben. Hervorragende Geister wie Antoine Pinay, der Urheber des Römer Vertrages und Vorkämpfer des Gemeinsamen Marktes, haben gewiß ein Anrecht auf unsere Dankbarkeit. Doch ist die Entwicklung heute derart über sie hinausgewachsen, daß man, ohne ihre Verdienste um den europäischen Gedanken schmälern zu wollen, doch diesen Gedanken aufgrund des internationalen Kontextes, und das heißt vor allem des Verhältnisses zu Amerika, neu fassen muß. Es geht hier nicht darum, den Beitrag Europas auf dem Gebiete der Wissenschaften in Zweifel zu ziehen, sondern darum, daß die Europäer mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten müssen, um gemeinsam die Forschung und die technischen Entdeckungen voranzutreiben. Wenn Europa auf diesem Gebiete bereit ist, die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, dann kann es ohne Zweifel den amerikanischen Vorsprung auf-

holen. Ebenso offensichtlich ist es aber, daß kein einzelnes Land — sei es nun Frankreich, Deutschland oder England — diesen Vorsprung aus eigenen Kräften aufzuholen vermag, denn die Summen, die jedes dieser Länder investieren könnte, würden nie an jene heranreichen, welche die Amerikaner für dieselben Forschungen aufwenden können.

Jean-Jacques Servan-Schreiber, der Direktor der *Expreß*, hat uns einen unschätzbaren Dienst geleistet, indem er uns durch seine auf eigenen Beobachtungen in den USA fußende Schilderung der amerikanischen Herausforderung aus unserer schläfrigen Ruhe aufschreckte¹. Der internationale Erfolg, den das Buch innerhalb weniger Wochen errang, beweist zur Genüge, daß seine Diagnose unbestritten ist. Der Autor zeigt in verdienstvoller Weise, daß die nationalen Schranken heute überholt sind und sich auf die Entwicklung verheerend auswirken, daß Lokalpatriotismus heute fehl am Platz ist und unser Kontinent, will er nicht der Balkanisierung anheimfallen, zu gemeinschaftlichen, ja zu föderativen Lösungen wird gelangen müssen, die ihn auf gleiche Höhe mit den großen Weltgemeinschaften heben werden.

Die amerikanischen Unternehmen verlassen Frankreich

Man muß an das Jahr 1963 und an die Übernahme der «Société des Machines Bull» (Computer) durch General Electric zurückdenken, wenn man die Neuorientierung der französischen Wirtschaftspolitik begreifen will. Diese bedauerliche Affäre sowie die Rückführung verschiedener in Frankreich niedergelassener amerikanischer Gesellschaften unter französische Kontrolle hatte den unmittelbaren Abfluß der amerikanischen Kredite in die übrigen Länder des gemeinsamen Marktes zur Folge. So gab Ford sein Projekt einer Nie-

derlassung in Thionville auf und emigrierte nach Belgien, während Philips Petroleum die in Aussicht genommene Transferierung nach Bordeaux zugunsten von Benelux fallen ließ. Man kann sich ausmalen, welche verheerende Folgen eine Politik der Brückierung für die französische Industrie zeitigte. Ohne die Konkurrenz der amerikanischen Investitionen würden die europäischen Industriellen heute nicht von Konzentration und Fusion sprechen, welche für ihre Firmen einen Fortschritt bedeuten.

Die amerikanische Herausforderung, wie man sie auf dem Kontinent beobachten kann, trifft ganz Europa und rechtfertigt die Analyse Servant-Schreibers. Seine Diagnose wird von niemandem in Zweifel gezogen, nicht einmal vom französischen Staatsoberhaupt, das darüber geäußert haben soll: «Mögen die Schlußfolgerungen oberflächlich erscheinen, so ist die Analyse doch unbestritten.»

Kann man von einer Kolonisierung Europas durch die amerikanische Wirtschaftsdynamik sprechen? Hier liegt der Kern der Frage, die wir versuchen wollen zu beantworten.

Es könnte sehr wohl der Fall eintreten, daß in ein paar Jahren nicht Europa, sondern die amerikanische Industrie in Europa die dritte industrielle Weltmacht nach den USA und der UdSSR sein wird. Innerhalb von zehn Jahren sind die amerikanischen Investitionen in Europa von 4 auf 14 Milliarden Dollar angestiegen — das ist mehr als ein Drittel der amerikanischen Investitionen auf der ganzen Welt. In Frankreich kontrollieren die amerikanischen Firmen 15% der Konsumgüter- und 80% der Computerproduktion.

Es ist gesagt worden — und das ist nur scheinbar ein Paradoxon: «Wir zahlen die Amerikaner, damit sie uns aufkaufen.» Das erheischt eine Erklärung: Die amerikanischen Investitionen in Europa werden nämlich zu 90% aus europäischen Quellen finanziert, und zwar teils mittels Anleihen auf dem Kapitalmarkt, teils mittels Subventionen aus dem Staatshaushalt der europäischen Länder. Daran ist nichts Ungeöhnliches und es besteht da kein Anlaß

zur Klage. — Es wäre ungerecht, den amerikanischen Investor als Schuldigen zu behandeln, während er doch im Gegenteil unserer Wirtschaft eine wertvolle Hilfe leistet und produktive Arbeit in Gang setzt. Die Drohung, die auf uns lastet, schreibt Servant-Schreiber in einer eindrucklichen Formulierung, «ist nicht eine Kapitalflut, sondern eine höhere Intelligenz in der Verwendung der Kapitalien». Die Zeit drängt, denn nach 1980 wird Europa nicht mehr in der Lage sein, die amerikanische Herausforderung zu parieren.

Die amerikanische Herausforderung

Es ist beklagenswert, daß die Spitzen der französischen, deutschen oder italienischen Industrie sich angesichts dieser Eroberung durch die USA (eine Eroberung, die, falls wir nicht reagieren, sehr wohl den Niedergang des Abendlandes bedeuten könnte) noch nicht zur Ausarbeitung kohärenter Richtlinien durchgerungen haben. Aus Mangel an Risikofreude halten sich die führenden Köpfe der Politik und der Wirtschaft noch immer bei der Frage auf, ob die amerikanischen Investitionen in Europa von Gutem oder von Übel seien, als ob sie nicht offensichtlich beides zugleich wären. Die stimulierende Wirkung der Konkurrenz, die Modernisierung der technischen Verfahren, das Machtfeld, das die amerikanischen Unternehmen kennzeichnet, sind offenkundig günstige Faktoren. Das Übel liegt daher nicht im Eindringen der USA in unsere Wirtschaftssphäre, sondern in der Unfähigkeit der Europäer, auf die amerikanische Herausforderung zu antworten. «Die Ära einer zu Ende gegangenen Welt bricht an», schrieb Paul Valéry in eindrucksvoller Kürze, doch wir wissen, daß dieser unbeugsame Rationalist bis ans Ende seines Lebens einem verzweifelten Pessimismus huldigte...

Die Interdikte, zu denen gewisse Regierungen Zuflucht nahmen, um der amerikanischen Macht in Europa eine Scharte zu hauen, zielen am Wesentlichen vorbei — nicht zu reden von den unwürdigen Angriffen, die in Radio und Presse gegen die

USA vorgetragen wurden. Diese zweifelhaften Verfahren werden übrigens von einem Teil der öffentlichen Meinung in Europa mißbilligt, die nicht vergessen hat, in welchem hohem Maß sich Amerika um unsere Kultur und Zivilisation verdient gemacht hat. — Was den alten Ländern Europas am meisten mangelt, ist die Risikofreude und die Unternehmungslust — erst wenn wir diese Fähigkeiten bei unsern Yankee-Partnern zu schätzen wissen, kann unsere Antwort wirksam sein. Lassen wir uns doch nicht von den Sirenentönen des Antiamerikanismus und des Protektionismus irreleiten: das mächtige, auf dem Gipfel seiner Erfolge stehende Amerika manövriert von Neapel bis Oslo mit verblüffender Leichtigkeit und Schnelligkeit.

Europa schießt nach Amerika

Der berühmte Nationalökonom Louis Armand, einer der bedeutendsten Köpfe Frankreichs, hat uns seine Überlegungen zur Erneuerung der industriellen, sozialen und politischen Strukturen Europas mitgeteilt, deren Erfolg er den Entdeckungen auf dem Gebiet der Elektronik zuschreibt. Er zögert nicht, das Verdienst dieser Wandlungen dem Einsatz der Computer zuzuschreiben und sagt voraus, daß sie bei uns, wie das in den USA bereits der Fall ist, alle Probleme lösen werden, angefangen bei denen, die im Bereich der Rechtswissenschaft liegen, bis zu den elementarsten Fragen der Handelskonkurrenz. Wenn irgendwo, dann liegt hier der Sinn des berühmten «American way of life», liegt die Zukunft der Welt: in der Anwendung und Weiterentwicklung dieser globalen Technik.

«Wir sind heute», schreibt Louis Armand, «auf einer Stufe angelangt, wo Europa nach den amerikanischen Reichtümern schießt. Weil Europa andererseits eine Art guten Gewissens braucht und auch seine Eifersucht befriedigen möchte, schießt es gleichzeitig zu den ärmsten Ländern hinüber. Und so schießt es... Es schießt gleichzeitig nach West und Ost, zwischen Zukunft und Vergangenheit. Ich habe noch

nie bemerkt, daß jemand, der schießt, auf andere eine besondere Anziehungskraft ausübt, es sei denn aus Mitleid. Europa hat nicht die geringste Chance, in der gegenwärtigen Phase der Menschheitsgeschichte eine Rolle zu spielen, solange es nicht weiß, was es will. Nun wird aber diese notwendige Wandlung Europas nicht spontan erfolgen. Es wird dazu willenskräftige Männer brauchen, Männer der *Politik*. Denn letzten Endes sind es nicht so sehr die maschinellen Ausrüstungen, die zählen, als vielmehr die wirtschaftspolitischen Strukturen. Der Computer wird eine viel tiefergreifende Revolution auslösen als jene, die durch die Serienproduktion hervorgerufen wurde. Folglich hat Europa nur eine Chance: wir brauchen nicht alles zu fabrizieren. Wir müssen uns vor allem darauf konzentrieren, die Dinge besser zu machen, um allen künftigen Tätigkeiten unseren besondern Stempel aufzuprägen, von den Wissenschaften vom Menschen bis zur Geschäftsführung.»

Man versichert uns, daß eine neue Gesellschaft in Sichtweite ist und daß sie Gestalt annehmen wird, bevor unsere heutige Jugend das Erwachsenenalter erreicht hat. Diese Gesellschaft wird durch eine noch nie dagewesene Freiheit gekennzeichnet sein und in der Geschichte der Menschheit eine Vorhutstellung einnehmen. Die Stufe der griechisch-römischen Kultur und dann die Stufe der europäischen Zivilisation — der unsern also — haben sich mehrere Jahrhunderte lang gehalten, doch die Menschen lebten damals in der Überzeugung, daß es nach ihnen noch mehrere «Treppenabsätze» zu erklimmen gelte. Jetzt ist, wenn wir Louis Armand glauben wollen, die letzte Phase angebrochen: «Wir befinden uns jetzt auf einer Stufe, die man die Endstufe der Evolution nennen kann».

Die Stufen der Evolution

Europa ist heute gezwungen, ob es will oder nicht, die Modernisierung seiner industriellen, administrativen, sozialen und politischen Strukturen in Angriff zu nehmen.

Der Computer, der die technischen Mittel für die Modernisierung verfügbar macht, wird in der neuen Welt der «Planetisierung» seinen Platz ebenso einnehmen, wie er ihn bereits in den USA eingenommen hat, wo er die Entwicklung des Handels und der Wirtschaft in allen Teilen lenkt. Die ungeheuren technischen Fortschritte Amerikas sind eine direkte Folge des Durchbruchs der Elektronik.

Einige Zahlen mögen einen Begriff der Produktionskapazität der USA vermitteln. Sie beträgt ein Drittel der Weltproduktion. Der Energieverbrauch der USA allein beträgt ein Drittel des globalen Verbrauches. Das amerikanische Straßennetz bildet ein Drittel des Welt-Straßennetzes. Schließlich sind drei von fünf Automobilen, die durch unsere Welt fahren, amerikanischen Ursprungs.

Was die technische Ausrüstung der amerikanischen Industrie anbelangt, so liegt sie zahlenmäßig um 40% über dem schwedischen, um 60% über dem deutschen, um 70% über dem französischen und um 80% über dem britischen Niveau. Die relative Stagnation, der sich England gegenwärtig, trotz seiner starken industriellen Grundstruktur, gegenüber sieht, wirft Probleme auf, auf welche die Antwort erst noch gefunden werden muß.

Hinter diesem erstaunlichen Aufstieg erkennt man eine Tendenz, die das amerikanische Volk in besonderem Maße kennzeichnet, nämlich ein eingefleischter Hang zu ständiger Neuerung. Er wird durch den in stetiger Entwicklung begriffenen technischen Fortschritt gefördert und nährt seinerseits eine Art Zukunftsgläubigkeit. Ganz besonders äußert sich das im Erziehungswesen, wie Edward Denison, einer der Meister der Statistik, gezeigt hat. Aus seinen sehr präzisen Arbeiten geht hervor, daß das Unterrichtswesen in den USA eine solche Ausdehnung erreicht hat, daß man es heute als den wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Erfolgs der USA bezeichnen kann. «Amerika ist ein erfolgreiches Rußland», schrieb kürzlich ein Kenner der beiden Länder — und der Ausspruch hat seine Richtigkeit, wenn man das amerika-

nische Organisationstalent in Betracht zieht. Hinzu kommt, daß in der Erziehung der amerikanischen Jugend der individuellen Veranlagung ein so breiter Spielraum gelassen wird, daß ihr heute wirklich alle Chancen offenstehen.

Offizielle Statistiken lassen voraussehen, daß die USA 1980 ein unbestrittenes Weltmonopol auf dem Gebiete der Elektronik und folglich der Computerproduktion innehalten werden. Man kann daher annehmen, daß die großen amerikanischen Firmen, die für die internationale Konjunktur ein so feines Gespür haben, den weniger begünstigten europäischen Ländern ihre Hilfe bei der Auffüllung des berüchtigten Grabens («gap»), der sie von den USA trennt, nicht verweigern werden.

Der Einsatz der Computer wird in den kommenden Jahren in allen Ländern Europas unerhörte Folgen nach sich ziehen. Ihre Herrschaft, nicht nur als unersetzliche Rechenorgane, sondern auch als sehr präzise Instrumente der Verwaltung, ja selbst der Information, ist erst angebrochen. Wird diese neue Technik auf die Ausbildung der Jugend angewendet, so wird das im Erziehungswesen einen Umbruch verursachen, dessen Folgen wir heute noch kaum voraussehen können. Die persönlichen Fähigkeiten des Individuums werden sich fortan auf das Erinnerungs- und Rechenvermögen des Computers stützen können, der darin eine nie zuvor erreichte Perfektion aufweist.

Werden wir es erleben, daß sich in unseren Ländern, unter dem Druck der Konkurrenz, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik durchsetzt, die durch die Rechnungen der Computer bestimmt wird? Ernsthafte Autoren sind dieser Ansicht und vertreten sie in ihren Schriften. Der schon erwähnte Louis Armand hat sich dazu öffentlich in einer Mitteilung an das Institut de France geäußert. Er hat aber auch die originelle Ansicht vertreten, daß Europa notwendigerweise die Phase des föderativen Zusammenschlusses durchlaufen muß. Er ist nämlich der Meinung, daß die große Zukunftsidee «in der Vertiefung und Entfaltung der föderativen

Beziehungen» liegt, als logische Folge der neuen elektronischen Techniken.

Nur durch stärkere Einheit kann die deutsche, französische, englische und holländische Industrie hoffen, auf dem Gebiet der Wissenschaft mit Amerika zu rivalisieren. Andere Länder, die an den Entdeckungen der Elektronik nicht weniger interessiert sind, werden dann zu den erstgenannten stoßen können, um ihre Rolle in der Weltwirtschaft zu spielen. Es kann sich aber dabei nur um Zusammenarbeit und nicht um ein Konkurrenzsystem irgendwelcher Art handeln, das heute längst hinfällig geworden ist.

Die amerikanische Herausforderung ist nicht brutal, sondern rational und logisch, und darin liegt ihre Schlagkraft. Sie setzt sich aber über alle Tabus hinweg, denen die Routine unserer Alten Welt allzu lange mythischen Wert beigemessen hat. Wir müssen den Mut aufbringen, mit diesen Trugbildern der Vergangenheit zu brechen, wenn wir im Gleichschritt mit der modernen Welt und ihren großartigen Entdeckungen marschieren wollen.

Die Abwanderung in die USA, die sich bei gewissen Kategorien von Intellektuellen und Forschern so stark bemerkbar macht, bildet für unser Wissenskapital einen ungeheuren Aderlaß. Die Bresche, die dieser Auszug aus Europa seit Jahren aufreißt, wird durch nichts aufgefüllt. Keine vorgefaßte Meinung darf uns daran hindern, die außergewöhnlichen Möglichkeiten, die sich diesen Leuten in den USA eröffnen, und die Arbeit, die sie dort unter ungleich besseren Bedingungen leisten können, zu anerkennen. Ein bekannter Dozent der Ecole Polytechnique, Professor Leprince-Ringuet, hat dies erst kürzlich wieder festgestellt. Allerdings fließt dieses geistige Kapital, das zum Ruhm der wissenschaftlichen Entdeckungen in den USA beiträgt, zuweilen wieder nach Europa zurück, wo ihm die Unterstützung der Publizität und die ausländische Etikette den Erfolg sichern. Es wäre ungerecht, wollte man den Ursprung solcher Erfolge und die Verdienste der dafür verantwortlichen Forscher vergessen.

Wir meinen, daß diese Lage den europäischen Ländern bewußt gemacht werden sollte; sie würden so angespornt, ihre Eliten vermehrt zu fördern und sie wo nötig von einer schwerfälligen Bevormundung zu befreien. Diese Feststellung bezieht sich natürlich nicht auf den Bereich der reinen Forschung, wo die internationale Zusammenarbeit wünschbar bleibt, sondern ausschließlich auf den wirtschaftlichen Bereich, sofern dieser durch den übermächtigen Einfluß des ausländischen Kapitals bedroht erscheint.

Sehr wahrscheinlich werden die USA auf dem Gebiet der Forschung noch für lange Zeit ihren Vorsprung halten können. Aufmerksame Beobachter glauben allerdings, daß in gewissen, weniger ausgeschöpften Sektoren die Europäer mit den wissenschaftlichen Fähigkeiten der Amerikaner Schritt halten könnten. In den Vereinigten Staaten ist man weit davon entfernt, diesen Umstand zu beklagen, sondern weiß diese Solidarität zu schätzen, sind doch von 1962 bis 1964 6500 Ingenieure aus Europa nach Amerika ausgewandert.

Frankreich hat zu dieser Zahl 229 Ingenieure und Forscher beigesteuert. So begrenzt dieser Exodus gegenwärtig auch sein mag, er beunruhigt doch unsere Parlamentarier, wie aus einem Brief des Deputierten des Rhone-Departements, P. B. Cousté, an den Staatsminister für wissenschaftliche Forschung hervorgeht. Er fragt darin nach den «legalen und reglementarischen Mitteln», welche die Regierung einzusetzen gedenke, um dieser «Flucht der Gehirne» Einhalt zu gebieten.

Große Wissenschaftler votieren für den Einsatz von Computern

Die Zahlen sagen nicht alles. Welche Welt werden uns die Computer bescheren, deren Herrschaft ja erst in ihren Anfängen steht? Es ist eine Tatsache, daß hochqualifizierte Wissenschaftler, wie Leprince-Ringuet, kühne Forscher wie jene der IBM und der General Electric in den Vereinigten Staa-

ten, sich davor hüten, Entdeckungen zu verwerfen, die für die Menschheit so große Folgen zeitigen können. Vielleicht sind heute die originellsten Geister jene, die die Tugend des Teamwork pflegen und als anonyme Forscher am Fortschritt der in vollem Aufschwung befindlichen Elektronik arbeiten. Gerade die unendlichen Perspektiven, welche die Elektronik uns schon heute eröffnet, ermutigen uns, die Zukunft des Menschen und den Erfolg seiner persönlichen Opfer nicht verloren zu geben.

Versucht man, den Erfolg der USA zu interpretieren, so gelangt man zum Schluß, daß eine seiner wesentlichen Komponenten in der gesellschaftlichen Integration dieses Landes liegt. Diese Tatsache erklärt auch zur Genüge das Fehlen einer organisierten kommunistischen Partei in den USA sowie ein selten gestörtes inneres Gleichgewicht — wenn man einmal von der schmerzlichen Negerfrage absieht. So sind in Amerika die politischen Kämpfe, die in Europa die volle Entfaltung unserer alten Demokratien behindern, noch unbekannt, ebenso wie die «Bruchstellen» der französischen Gesellschaft.

Aus der Umwälzung, welche der Einsatz von Computern bereits in unserer Wirtschaft hervorgerufen hat, lassen sich entscheidende Schlüsse ziehen. Es erweckt aber den Anschein, als ob Europa — im Gegensatz zu den USA, welche die ungeheuren Auswirkungen der neuen Technik auf Anhieb begriffen haben — immer noch zögerte, diese Folgerungen zu akzeptieren. Was auf dem Spiel steht, ist die industrielle Erneuerung, die sich auf der ganzen Welt anbahnt. Sie hängt nicht nur von der Produktivität und der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen ab, sondern auch von einem neuen technischen Faktor, der sich ausschließlich auf die Entdeckungen der Elektronik zurückführen läßt.

Der «Conseil économique et social», dessen Ratschläge im allgemeinen bei der Regierung offene Ohren finden, hat sich kürzlich mit dem Problem befaßt, das sich aus der automatischen Unternehmensführung und der Infragestellung der bisherigen

industriellen, kaufmännischen und buchhalterischen Methoden ergibt. Bei dieser Gelegenheit hat Pierre Lhermite, Direktor der «Electricité de France» und Rapporteur im «Conseil économique», zuhanden der französischen Regierung eine ausführliche Studie über die automatische Verwaltung dieses wichtigen öffentlichen Dienstes und über die heute sich aufdrängenden Strukturreformen verfaßt. Interessant ist die Ansicht dieses angesehenen Spezialisten, daß in zehn oder fünfzehn Jahren voraussichtlich kein Unternehmer, keiner seiner Mitarbeiter, ja nicht einmal ein subalternen Angestellter noch die gleichen Berufsreaktionen zeigen wird wie heute. Eine neue Welt, sagt uns Pierre Lhermite, entsteht Schritt um Schritt unter den Benutzern der elektronischen Anlagen und mit ihr sieht man auch einen neuen Schlag von Technikern und Spezialisten entstehen, die uns ein Bild der zukünftigen Elite vermitteln.

Frankreich hat die Bedeutung der Computer mit einer gewissen Verspätung begriffen, ist sich aber heute bewußt, daß sie in den kommenden Jahren bei der Lenkung der Wirtschaft und der Verteilung der Produktionsgüter eine Schlüsselstellung einnehmen werden. Der Staat wird so mehr und mehr allmächtig, fällt doch heute den Behörden die Aufgabe zu, die Anwendung der «Informatik» zu kodifizieren und deren juristische, administrative und soziale Folgen zu untersuchen. Gewisse Leute fragen sich, ob es wünschbar ist, daß der Staat als einzige Instanz über die Festlegung der Ziele und den Einsatz der Mittel entscheidet. Gewiß, als letzte Instanz hält er den Schlüssel in Händen und besitzt heute eine noch nie dagewesene Machtfülle. Umso wichtiger ist es daher, daß er im Dialog mit der Nation, die er vertritt, all jenen, welche das lebendige Bewußtsein dieser Nation darstellen, Gelegenheit bietet, sich ein Bild von der Lage zu machen und, wo nötig, ihre Anregungen oder Einwände vorzubringen.

Die Konzentration der *Mittel* hat heute, im Zeitalter des triumphierenden Maschinerismus, ein derartiges Ausmaß angenom-

men, daß sie eine klare Sicht der *Ziele* gefährden können. Man kann nur hoffen, daß das Urteil vernünftiger Männer in dieser Sache nicht überhört werden wird. Selbstverständlich geht es nicht darum, den Fortschritt der Wissenschaft zu bremsen, wohl aber darum, ihn zu vermenschlichen.

Man möchte wünschen, daß unser westliches Europa sich dieser außerordentlichen Verwandlung und ihrer vielfältigen politischen und sozialen Folgen bewußt geworden ist. Es ist das Verdienst des Autors von «Le Défi Américain», daß er die Frage mutig aufgeworfen hat und vor den Schlußfolgerungen seiner Untersuchung nicht zurückgewichen ist. Soll man Europa schaffen oder soll man sich damit abfinden, daß unser Kontinent ein Anhängsel der USA wird? Die von J. J. Servant-Schreiber entworfene Zukunftsperspektive ist ein Aufruf zur Tat, ohne daß man deswegen das amerikanische Modell kopieren müßte. Er schreibt: «Um Herr über sich selbst zu bleiben, wird Europa seine Macht, seinen Reichtum und schließlich den Wohlstand seiner Bewohner mehren müssen. Aber fordern die Anpassung an die Weltkonkurrenz, der Bruch mit den Routinen

jeder einzelnen Nation, die Zusammenlegung der durch soviel Partikularismen zerstreuten Mittel und Quellen usw... nicht eine übermäßige Anstrengung? »

Die Antwort liegt im Optimismus. Die Erneuerung, die wir nicht mehr lange hinauszögern können, muß uns heutige Menschen anspornen, unsere analytische Begabung und die Schärfe unserer Intelligenz unter Beweis zu stellen. Eben diese Qualitäten sind zur Lösung der großen Probleme erforderlich, die durch den Einsatz der Computer in unserer geplanten Wirtschaft eine sozusagen imperative Dringlichkeit erhalten haben. Diese Wirtschaftsform erheischt einen neuen, besondern Schlag von Politikern und Unternehmern, die heute noch durch eine scheinbare Passivität zurückgehalten werden. Man kann aber vermuten, daß der Nachgaullismus, der heute schon die öffentliche Meinung in Frankreich aufwühlt, jene Quellen der Energie und der Vernunft wird hervorspringen lassen, deren wir bedürfen.

Jean de Saint-Chamant

¹ Jean-Jacques Servant-Schreiber, *Le Défi Américain*, Denoël 1967.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Der Tod greift zu

1450 Tote und 31 250 Verletzte, das ist die traurige Bilanz der Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967. Die Todesfälle haben dabei gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 12 Prozent zugenommen. Die Tatsache, daß es in den USA etwa 60 000 und in Deutschland mehr als 17 000 Verkehrsteilnehmer waren, die im letzten Jahr auf der Straße ihr Leben verloren, ist nur ein schwacher Trost. Die Bekämpfung des Verkehrstodes ist in unserer technischen Zivilisation zu einem erstrangigen Problem geworden.

Was kann getan werden? Die spontane Reaktion der Öffentlichkeit kann in die

Forderung zusammengefaßt werden: Härtere und damit abschreckend wirkende Strafen für die Verkehrssünder! Noch immer ist anscheinend da und dort die Tendenz vorhanden, Verkehrsvergehen als eine Art Kavaliersdelikt zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Immerhin ist die Feststellung der Fachleute nicht zu übersehen, daß die eigentlichen Rowdies unter den Verkehrssündern nur einen kleinen Prozentsatz ausmachen. Die Unfallverhütung muß daher auf sehr viel breiterer Basis angepackt werden.

Zunächst gilt es zu bedenken, daß der Straßenverkehr zu einem so selbstverständlichen Bestandteil unseres Alltags geworden ist, daß es vor allem den Kindern

immer schwerer fällt, die in ihm lauerten tödlichen Gefahren ständig in ausreichendem Maße im Bewußtsein präsent zu halten. Darüber hinaus gibt es nichts an der Tatsache zu rütteln, daß die objektiven Verkehrsbedingungen, d.h. die Straßenverhältnisse und die Einrichtungen der Verkehrssicherung, hierzulande bei weitem noch nicht einen auch nur einigermaßen zufriedenstellenden Stand erreicht haben.

Entscheidend ist indessen das ungenügende Fahrverhalten eines Großteils der Verkehrsteilnehmer. Manches ist bloße Folge der Gedankenlosigkeit. So sind die Experten der Ansicht, daß manche Unfälle mit tödlichem Ausgang harmlos geblieben wären, wenn die Fahrzeuginsassen Sicherheitsgurten benützt hätten. Außerdem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Niveau der Fahrtüchtigkeit noch deutlich gehoben werden könnte. Es stellt sich die Frage, ob die Schulung nicht noch erweitert werden sollte. «Antischleuderschulen» zum Beispiel könnten angesichts der hierzulande häufig mißlichen Witterungsbedingungen gute Dienste leisten.

Den wirkungsvollsten Beitrag zur Verbesserung des Fahrverhaltens allerdings könnte die *Polizei* leisten. Die Verkehrsüberwachung ist nach wie vor ganz einfach ungenügend. Würde sie mit der gleichen Intensität wie die einträgliche Fahnung nach den Parkierungssündern betrieben, so wäre schon viel gewonnen. Die Polizei sollte mit den nötigen Mitteln und dem notwendigen Personal ausgestattet werden, um im Verkehr wirklich präsent sein zu können. Nur so wird es auf die Dauer möglich sein, die Verkehrsteilnehmer wirklich erfolgreich zu größerer Vorsicht und Konzentration zu erziehen.

Kollegialsystem im Prüfstand

Es lägen Anzeichen dafür vor, daß «die Leistungsfähigkeit und die Wirksamkeit der staatsleitenden Spitzenorganisation angesichts der immer noch wachsenden Aufgaben des Staates in ein Stadium der Gefährdung eingerückt ist». In diese Feststellung mündet der sogenannte «Bericht

Hongler», das Expertengutachten über «Verbesserungen in der Regierungstätigkeit des Bundesrates» aus. Er ist Mitte Februar veröffentlicht worden und bietet eine Fülle von Gedanken und Vorschlägen. Nun wird sich zeigen müssen, wie weit Bundesrat und Parlament bereit sein werden, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Hervorstechend und in mancher Hinsicht geradezu sensationell wirken vor allem die Ausführungen über das *Kollegialsystem*. In schonungsloser Offenheit wird hier festgehalten, was in der Öffentlichkeit immer wieder vermutet, von Regierungsseite aber ebenso regelmäßig immer wieder mit Nachdruck in Abrede gestellt worden ist: Das Kollegialsystem, das nach wie vor als große Besonderheit unserer Regierungsform gepriesen und das auch häufig als Hauptargument gegen eine Erhöhung der Zahl der Bundesräte ins Feld geführt wird, ist über weite Strecken zu einer bloßen Fassade geworden.

Der Expertenbericht führt dazu aus, daß der Gesamtbundesrat Ende des 19. Jahrhunderts häufiger getagt hat als heute — ein sprechendes Indiz dafür, daß die isolierte Tätigkeit des einzelnen Regierungsmitglieds als Departementsvorsteher inzwischen bei weitem das Übergewicht erlangt hat. Es wird in dem Gutachten denn auch festgehalten, daß klärende Grundsatzgespräche einen viel zu geringen Raum einnehmen und daß vor allem auch kaum noch von einer Verwaltungskontrolle durch den Gesamtbundesrat die Rede sein könne.

Mit einer Konzentration auf das Wesentliche soll nun nach Abhilfe gesucht werden. Das heißt mit anderen Worten, daß der Kollegialentscheid nur noch dort gefordert werden soll, wo er als unerlässlich erscheint, dort aber fallen gelassen werden soll, wo er bloß noch Fiktion ist oder dem Gewicht nach als entbehrlich erscheint. Von der Schaffung eines eigentlichen Präsidialdepartements, wie dies auch schon zur Diskussion gestellt worden ist, sollte nach Ansicht der Experten abgesehen werden. Auch die Einführung von Staats-

sekretärposten erachtet die «Kommission Hongler» vorläufig nicht als aktuell. Die Hauptlast verbesserter Koordination und Stabsarbeit wird also auf der im Ausbau begriffenen Bundeskanzlei ruhen. Die Verantwortung des neuen Bundeskanzlers wird dabei in den Augen einer weiteren Öffentlichkeit umso schwerer wiegen, als der Bundesrat in seiner ersten Stellungnahme zu den Reformvorschlägen deutliche Reserve hat durchschimmern lassen.

Amnestie für Steuersünder

Am 18. Februar hat das Schweizervolk der Vorlage für eine allgemeine Steueramnestie mit großer Mehrheit, wenn auch offensichtlich nicht mit großer Begeisterung zugestimmt. Die ausgesprochen niedrige Stimmbeteiligung von nur 40,8 Prozent darf in diesem Falle sicherlich als Zeichen weitverbreiteter Unschlüssigkeit gewertet werden. Es gibt grundsätzliche Bedenken gegenüber dem Gedanken einer Steueramnestie, die nicht ohne weiteres unter den Tisch gewischt werden dürfen. Dem Vorbehalt der verletzten Rechtsgleichheit steht allerdings die Überlegung entgegen, daß es nicht weniger stoßend sei, wenn auf die Möglichkeit einer Entlastung des ehrlichen Steuerzahlers durch steuerliche Aktivierung hinterzogener Kapitalien aus Erwägungen prinzipieller Art zum vornherein verzichtet werde.

Ausschlaggebend für die überraschend deutliche Annahme waren indessen zweifellos vor allem zwei politisch-psychologische Umstände. Gegenüber 1964, als eine ähnliche Vorlage ebenso deutlich verworfen worden war, hat sich die öffentliche Finanzlage stark verschlechtert. So erhielt die Aussicht auf zusätzliche Finanzmittel wesentlich größeres Gewicht. Abstimmungspolitisch von mindestens so großer Bedeutung war sodann die Tatsache, daß diesmal keinerlei zusätzliche Maßnahmen für eine verschärfte Kontrolle der Steuerpflichtigen mit der Vorlage verbunden waren. Wenn man bedenkt, welche große Rolle in der Kampagne von 1964 dem Gespenst der «Steuerschnüfflerei» zugekommen ist, dann

wird sofort klar, daß das Parlament mit seinem Entscheid, diesmal die Ausführungsbestimmungen gleichzeitig mit der Vorlage zu bereinigen und dabei auf jegliche Ansätze dieser Art zu verzichten, von allem Anfang an eine wesentlich bessere Ausgangssituation geschaffen hat.

Die Realisierung der Steueramnestie wird aller Voraussicht nach vor allem den Kantonen und Gemeinden etwas Luft verschaffen. Langfristig gesehen wird dadurch aber kein einziges Problem der Verbesserung unserer Finanzordnung einer Lösung näher gebracht. Finanzpolitik wird also auch weiterhin innenpolitisches Haupttraktandum bleiben.

Zeichen der Zeit

Aus der langen Reihe weiterer aktueller Probleme und Ereignisse, die in der Berichtsperiode viel zu reden gegeben haben, seien hier lediglich noch zwei aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik besonders hervorgehoben. Das eine ist die Agrarpolitik, das andere gehört genau genommen in den Spezialsektor der privaten Unternehmenspolitik, ist aber nach Art und Tragweite von wesentlichem, öffentlichem Interesse: der Brückenschlag zwischen zwei «Großen» der schweizerischen Maschinenindustrie, d.h. zwischen BBC und Sulzer. Die Gruppen Brown Boveri/Maschinenfabrik Oerlikon einerseits und Gebrüder Sulzer/Escher Wyß andererseits haben sich gemäß einer Vereinbarung von Anfang Februar entschlossen, eine Abgrenzung der Produktionsprogramme vorzunehmen. Auf dem Gebiet der Gasturbinen und Turbo-Kompressoren soll ein Gemeinschaftsunternehmen begründet werden. Damit verbinden sich zwei Großfirmen zu einer Partnerschaft, die sich bisher auf den Auslandsmärkten scharf konkurrenziert haben und die auch in der Reaktorfrage scheinbar unversöhnliche Konkurrenten waren.

Der Entscheid ist die zwingende Konsequenz aus der Tatsache, daß sich die Wirtschaft eines Kleinstaats in den forschungs- und kapitalintensiven Sektoren vor unnötiger Zersplitterung der Kräfte hüten muß,

wenn sie unter den immer härteren internationalen Wettbewerbsbedingungen weiterhin einigermaßen erfolgreich bestehen will. Die Tragweite des Schrittes wird durch den Ausspruch des BBC-Präsidenten markiert, wonach sich diese multilaterale Lösung gemeinsamer Probleme für die Beteiligten und die schweizerische Volkswirtschaft «auch über das Jahr 2000 hinaus» fruchtbar auswirken werde.

Unruhe in der Landwirtschaft

Unsere Landwirte sind in einer merkwürdigen Situation. Ständig wird ihnen eingehämmert, sie sollten rationeller produzieren. Aber anders als fast alle anderen Wirtschaftszweige müssen sie gleichzeitig darauf bedacht sein, daß diese Rationalisierungen nicht mit zu großen Produktionssteigerungen verbunden sind; denn der Absatz läßt sich hier nicht beliebig

steigern. Im Milchsektor ist dieser Fall eingetreten. So muß der Bund nun regulierend eingreifen. An einer Pressekonferenz vom 7. Februar gab Bundesrat Schaffner bekannt, daß zu diesem Zweck das Maximum des Sicherstellungsbeitrags zur Deckung des Verlustanteils der Produzenten von bisher 3 Rappen auf 6 Rappen je Kilogramm Verkehrsmilch erhöht werden soll. Der Rückbehalt wird wieder abgebaut werden, sobald sich die Lage normalisiert hat. Als zusätzliche Maßnahme ist eine Abgabe auf inländischen «Milchersatzfuttermitteln», die als Ersatz für Vollmilch zur Aufzucht und Mast Verwendung finden, vorgesehen.

Durch diese «Milchschwemme» ist die ohnehin ständig leicht umwölkte Agrarpolitik erneut in eine aktive Gewitterzone geraten. Sie wird in der nächsten Zeit noch viel zu reden geben.

Spectator

MILITÄRISCHE LANDESVERTEIDIGUNG UND TOTALER WIDERSTAND

Rückblick und Ausblick

Organisation und Ausbildung der Armee

Die Organisation unserer Armee ist dauerndem Wandel unterworfen. Im Jahre 1967 war der Umfang der organisatorischen Änderungen besonders groß. Dies war in erster Linie bedingt durch die Anpassung der Landwehr und des Landsturms an die durch Herabsetzung der Wehrpflicht und der Heeresklassen stark reduzierten Bestände. Die notwendige Anpassung erfolgte das ganze Jahr über auf verschiedene Weise. Beim Landsturm ist die Zahl der kantonalen Infanterieeinheiten erheblich herabgesetzt worden. Die während des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Ortswehren wurden im Laufe des Jahres vollständig aufgelöst, unter Bildung neuer Hilfspolizei- und Bewachungsdetache-

mente aus den Restbeständen. Im Gegensatz zum Landsturm ist bei der Landwehr an der bisherigen Zahl der Infanteriebataillone festgehalten worden. Die Bestandeskrise sucht man durch mancherlei Palliativmittel auszugleichen. Die bisher übliche Versetzung von Infanteristen zu Festungskompagnien unterbleibt in Zukunft. Festungsformationen, Werkkompagnien und Dragonerkompagnien setzen sich nun aus Landwehr und Landsturm zusammen. Einzelne Kantone können Wehrmänner des Landsturms in den Landwehrebataillonen zurückbehalten. Eine Anzahl Grenadier- und Fliegerabwehrkompagnien der Landwehr sind aufgelöst worden. Die Landwehrebataillone der Kantone werden nun nicht mehr aus den Landwehrleuten des Wohnkantons gebil-

det, sondern, ohne Rücksicht auf den Wohnort, aus den Wehrmännern, die aus den Auszugsformationen eines Kantons in die Landwehr übertreten. Die Organisation der Armee wird damit immer mehr eine Konstruktion, welche die Altersgliederung in Heeresklassen, die Binnenwanderung und die in der Rekrutenschule erhaltene Grundausbildung je länger je weniger berücksichtigt.

Die Ausrüstung der bisherigen schweren Fliegerabwehr (7,5 cm) mit den neuen mittleren Flabgeschützen 34 mm und mit Flablenkwaffen konnte 1967 erfolgreich abgeschlossen werden. In der Flugwaffe begann 1967 die Umschulung von Piloten auf Mirage-Flugzeuge, während die Umschulung von Flugplatzformationen 1968 einsetzt. Die 1967 neu organisierten Landsturmeinheiten der Infanterie werden ab 1968 wieder zu Landsturmkursen einberufen. 1968 kann schließlich der neue Waffenplatz Bure (Ajoie) durch Schulen und WK der Panzertruppen in Betrieb genommen werden.

Militärverwaltung und Armeeleitung

Am 1. Februar 1968 ist das Bundesgesetz vom 5. Oktober 1967 über die Änderung der Militärorganisation in Kraft getreten¹. Hauptgegenstand des Gesetzes ist eine Reorganisation des Militärdepartements, die als Straffung des Departements gepriesen wurde. Es handelt sich um eine Reform, die sich vorwiegend in Neubenennungen und Umgruppierungen erschöpft. Das Militärdepartement umfaßt nun 5 Gruppen und den Oberauditor, der dem Chef des EMD direkt unterstellt bleibt. Die Begründung dieser Sonderstellung mit der Unabhängigkeit der Militärjustiz übersieht die Tatsachen, daß der Oberauditor an der Spitze der militärischen Justizverwaltung steht und die Militärgerichte unabhängig sein müssen. Bemerkenswert ist die dem Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen unterstellte Gruppe, die einerseits die drei neuen Brigaden der Flugwaffe, der Flugplätze

und der Fliegerabwehr umfaßt, andererseits zwei Abteilungen der Militärverwaltung: die Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr und die Abteilung der Militärflugplätze (bisher Direktion der Militärflugplätze). Mit dieser Verbindung von militärischem Kommando und Leitung einer Verwaltungsgruppe wird die Sonderstellung des Fliegerkommandanten wie die seit 30 Jahren festzustellende Tendenz zur Bildung eines eigenen «Wehrmachtteiles» verstärkt. Auch die Direktion der Militärverwaltung wird zur Gruppe erhoben, indem man ihr vier Abteilungen und Dienststellen «zuweist». Auffallend ist aber vor allem das vollständige Fehlen einer militärischen Armeeleitung, so daß die oberste Leitung der Armee weiterhin beim Departementschef liegt. Die Kommission für militärische Landesverteidigung, in der die Kommandanten der Armeekorps sitzen, hat lediglich noch beratende Funktion und verliert an Bedeutung durch den sogenannten Leitungsstab des Departementschefs, der ein Rapport der Gruppenchefs ist, unter Ausschluß der Korpskommandanten.

Effektiver Leitungsstab des Departements ist die Direktion der Militärverwaltung als Generalsekretariat des Departements, die damit nicht nur eine starke Vormachtstellung innerhalb der gesamten Militärverwaltung erhält, sondern auch einen überragenden Einfluß auf die Geschäfte der Armeeleitung, zum Nachteil der Truppenkommandanten. Man kann die Folgen dieser Lösung vielleicht am besten erkennen, wenn man sie auf das Verkehrs- und Energiedepartement überträgt, indem man sich vorstellt, die Generaldirektionen der Bundesbahnen und der PTT-Betriebe würden aufgelöst, ihre Aufgaben vom Departement übernommen und die Kreisdirektionen der SBB, der Post und der Telefonverwaltung würden direkt dem Departementschef unterstellt. Beim Fehlen einer eigentlichen Armeeleitung und bei der ungeheuren Geschäftslast des Chefs des Militärdepartements ist es nicht verwunderlich, daß «graue Eminenzen» einen nicht überseh-

baren und unkontrollierbaren Einfluß gewinnen können. Ein besonderes Merkmal der neuen Departementsorganisation ist eine Übergangsbestimmung², welche die Dienststelle Heer und Haus für die Amtsdauer des jetzigen Chefs dem Ausbildungschef unterstellt und sie erst von 1969 an in die neue Abteilung Adjutantur eingliedert, eine Übergangslösung, die einer sachlichen Begründung entbehrt und auf persönlichen Wünschen beruht.

Dienstverweigerer und Katastrophenhilfe

Die eidgenössischen Räte haben 1967 eine Gesetzesinitiative für die Schaffung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen abgelehnt, im gleichen Jahr aber anlässlich der Revision des Militärstrafgesetzes den Dienstverweigerern aus Gewissensgründen eine vermehrte Sonderbehandlung hinsichtlich Strafdrohung und Strafvollzug gewährt. Die Dienstverweigerer werden also nach wie vor gerichtlich verurteilt, aber sie werden mit seidenen Handschuhen angefaßt. Man geht ihnen auf halbem Weg entgegen, aber eine saubere Lösung fehlt. Man stellt Dienstverweigerer aus Gewissensgründen nach wie vor vor Gericht und diskutiert gleichzeitig die Schaffung eines Korps für Katastrophenhilfe im Inland und Ausland. Jedes Problem wird gesondert behandelt und bleibt ungelöst, weil offenbar niemand in der Lage ist, die beiden Probleme zusammenzulegen und gemeinsam zu lösen durch die Einführung des zivilen Dienstes in der Katastrophenhilfe für die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die grundsätzlich bereit sind, Land und Volk in anderer als militärischer Form zu dienen.

Die Änderung des Militärstrafgesetzes betrifft auch die Disziplinarstrafordnung der Armee, wo unter anderem die Änderung von Disziplinarstrafen durch vorge setzte Stellen aufgehoben wurde. Die Räte,

die diese Änderung beschlossen haben, waren sich offenbar nicht bewußt, daß die meisten Änderungen von Disziplinarstrafen zugunsten der fehlbaren Wehrmänner erfolgte! Für Disziplinarbeschwerden wurde der Weiterzug an den Oberauditor als zweite Beschwerdeinstanz eingeführt, aber nicht im Sinne der Appellation, sondern nur im kassatorischen Sinne, sofern wesentliche Verfahrensvorschriften verletzt oder erhebliche Tatsachen mißachtet wurden.

Totale Landesverteidigung und Kulturgüterschutz

Die gleiche Tendenz stellt man hinsichtlich der totalen Landesverteidigung fest, für die Botschaft und Gesetzesentwurf des Bundesrates in Aussicht gestellt sind. Zur Unterstützung des Gesamt-Bundesrates ist einerseits die Einsetzung eines Stabsorganes vorgesehen. Andererseits will man den Direktor der Gesamtverteidigung mit seinem Arbeitsstab im Militärdepartement eingliedern, das damit wieder übermäßigen Einfluß auf die totale Landesverteidigung erhalten würde.

Auf dem Gebiet des Kulturgüterschutzes bei bewaffneten Konflikten wurde 1954 im Haag ein internationales Abkommen abgeschlossen, dem unser Land 1962 beigetreten ist. Ein entsprechendes Bundesgesetz für die interne Aufteilung der Aufgaben und Befugnisse wurde am 6. Oktober 1966 beschlossen. Die Referendumsfrist ist am 5. Januar 1967 unbenutzt abgelaufen. Seither ruht das Gesetz in klimatisierten Schubladen. Der Bundesrat hat es noch nicht in Kraft gesetzt und hat auch noch keine Vollzugsverordnung erlassen.

Miles

¹ Amtliche Sammlung 1968, 73 und 164.
² Dienstordnung vom 31. Januar 1968, Amtliche Sammlung 1968, 225.